

Das Vaterland der Anderen! : zum 1. August 1917

Autor(en): **R. B.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **12 (1917)**

Heft 8

PDF erstellt am: **24.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351358>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

„Kaffee“. Doch dazu langt es nicht, auch wenn er die verbilligte Milch bezieht. Ja, die Reichen und Ueberreichen. Die predigen immer nur vom Sparen. Kein Wunder, sie verstehen es aus dem ff. Das macht ihnen in alle Ewigkeit kein Armer, kein Proletarier nach!

Ja, die Reichen und Ueberreichen! Die Satten! Die da im Verborgenen wuchern und hamstern! Die reden wohl auch von den teuren Zeiten und vom Entbehren und dergleichen leben sie sorglos und in Freuden. Ihrem Goldbeutel vermag keine Hungersnot etwas anzuhaben. Der füllt sich immer und immer wieder aus dem Schweiß und Blut jener, die sie mit überlegenem Lächeln die Dummen nennen, die immer noch nicht aussterben wollen. Die den Weg zur eigenen Kraft nicht finden. Den einzigen Weg, der sie von aller Ausbeutung, vom Krieg und Hunger für immer zu befreien vermöchte. Den Weg, der da heißt Vereinigung, treues Verbundensein, Organisation. Den Weg zum Menschheitsvaterland, in dem nicht mehr Reiche und Arme, sondern nur Brüder und Schwestern, einander sich wahrhaft liebende Menschen sein werden. M. H.

Das Vaterland der Anderen!

Zum 1. August 1917.

Was die Arbeiterklasse während des ganzen Jahres an Ungerechtigkeiten, Hintenansehung, Benachteiligung erfahren hat, drängt sich anlässlich der Augustfeier besonders machtvoll in den Vordergrund.

Auch diese Augustfeier im ungeheuren Weltensbrand! Eine Augustfeier, die als Auftakt betrachtet werden kann für weit größere Leiden des Schweizervolkes, weit größere Entbehrungen, viel stärkere Not. Aber schon hier gleich zu Beginn unserer Ausführungen zeigt es sich, daß wir nicht vom ganzen Schweizervolk sprechen können, denn ein großer Teil der Bevölkerung, die besitzende Klasse, verspürt nichts von der heutigen Not der Zeit und wird wenig zu spüren bekommen von der Vergrößerung derselben. Einige Unannehmlichkeiten, Erschwerung der Beschaffung der Lebensmittel zählen nicht mit, denn um Geld ist doch noch das meiste zu haben.

Für uns hätte es allerdings dieser besonders stark hervortretenden Zeichen nicht bedurft, um uns zu zeigen, welch hohle, lügnerische Phrase es ist, wenn wir hören, wie sich der immer am 1. August hochpatriotisch gebärdende Schweizerbürger oder Schweizerbürgerin stolz in die Brust wirft und sagt: Wir sind ein einziges Volk von Brüdern, einer für alle, alle für einen, und was dergleichen Phrasen mehr sind. Was sagen uns denn die Höhenfeuer am 1. August, was sagen uns die hochpatriotischen Feiern mit salbungsvollen Reden und Freiheitsgesängen?

Wir denken in erster Linie an die nun schon drei Jahre dauernde Grenzbesetzung, an die Soldatenspielererei und Schinderei, an die für alle Begriffe (ausgenommen Offiziere, welche das größte Interesse an den noch lange andauernden Zuständen haben) viel zu starken Truppenaufgebote, die es erlauben, wochenlang 8000 Mann unnützerweise nach Chaux-de-Fonds zu werfen. Wir denken an die Soldatenschlaucherei, an die schlechte Behandlung kranker Wehrmänner, an die durch Unachtsamkeit erschossenen Zivilisten (Delsberg usw.), an die durchaus ungenügende Wehrmannsunterstützung, an die vielen Firmen, welche nur militärfreie Angestellte und Arbeiter einstellen, auf keinen Fall Auszugsmannschaft, kaum noch Landwehr. Wir erinnern uns der vielen Gesuche um Urlaub seitens Wehrmännern aus dem Arbeiterstande, die eine große Familie zu ernähren haben, eine durch Krankheit am Erwerbe verhinderte Frau und deren durchaus begründete Gesuche abschlägig beschieden wurden. Mit Gewalt drängen sich uns die jeder Hygiene spottenden Zustände in verschiedenen provisorischen Militärspitälern auf: Solothurn, Vibrist, Olten u. a. m. „Wahrlich

Gründe genug, um mit Stolz den 1. August feiern zu können.“

Ein weiteres Zeichen der Solidarität der Gesamtbevölkerung, das uns gerade am 1. August zu betrachten besonders wohl tut, ist die Nahrungsmittelversorgung. Der nicht-bemittelte Bürger versäumt Stunden, nur um sich 100 Gramm Butter beschaffen zu können. (Es ist zwar richtig, daß es sehr viele Menschen gibt, die sich fragen, wozu die Arbeiterfamilie zum Beispiel eigentlich Butter gebrauche.) Der besitzende Bürger hat gefüllte Töpfe, nicht nur mit Butter, sondern jeder Art Lebensmittel sind zur Genüge vorhanden, eine Orientierungsrazzia wäre da sehr empfehlenswert. Aber gewisse hochpatriotische Kantonsregierungen, die sogar zu denjenigen gehören, welche anlässlich der Bundesfeier eine Botschaft an die Einwohner richten, sperren ihre Kantonsgrenzen ab, um den Hamstern in der eigenen Kantonsgrenzpfähle Gelegenheit zu geben, ihrem hübschen Gewerbe ungehindert nachgehen zu können. Diese Regierungen kümmern sich keinen Deut darum, daß ein derartiges Vorgehen gesetzwidrig ist. Für diese Herren sind doch die Gesetze nicht da, die werden souverän übergangen. Jede Bevölkerungsschicht hat ihre besondere Methode, um die Volkssolidarität zu bekunden, die Großbauern vor allen Dingen sagen sich, heute sind wir die Herren im Lande, ihr General Laur gibt dieser Meinung im Bundeshaus beredten Ausdruck, und alles ist für sie gut und profitabel, siehe die Berichte der Banken, landwirtschaftlichen Genossenschaften usw.

Sehr deutlich bekunden auch die Hausbesitzer ihre Volkssolidarität, wo alles schröpft, können sie nicht untätig zusehen, denn nicht nur die Lebensmittel sind knapp, nein auch die Wohnungen; da wäre es sträflich, die Situation nicht auszunützen, und jeder Termin bringt für den armen Teufel neue Mietzinssteigerungen.

Solidarität mit den Parasiten des Volkes bekunden die Krämer und Händler, jeder Tag bringt neue Preisaufschläge, die notwendigsten Lebensmittel werden zurückgehalten, bis die Preise die wünschbare Höhe erreicht haben; das kaufende Publikum gewöhnlichen Schlages, das glaubt zu den angelegten Preisen kaufen zu können, irrt sich; erst kommen diejenigen, welche verstehen, durch Extrapremien sich den Händler gefügig zu machen, und für die anderen bleibt eine schmerzliche Antwort, von der man kaum fassend wird.

Es würde weit über den Rahmen eines Zeitungsartikels hinausgehen, nur annähernd anzudeuten, was der Konsument mit dem schmalen Einkommen von allen Seiten zu dulden und zu leiden hat, wie er ausgefaugt wird — und wie geduldig er alles hinnimmt. Wie lange noch?

Aber das Schweizervolk kennt noch weit mehr Zeichen von Solidarität, die es verdienen, anlässlich der Bundesfeier gewürdigt zu werden. Wir denken an die Solidarität der Unternehmerverbände, wenn die Ungewaltigen, die Maschinenindustriellen, die Bauunternehmer ihr gewichtiges Wort zu sprechen versuchen. Ein Beispiel: Die Maurer einer großen Stadt streiken, sie verlangen den Neunstundentag, ein großer Teil der Unternehmer wäre gewillt, den Forderungen der Arbeiter zu entsprechen, denn die Arbeiter sind knapp, Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden; aber der große Unternehmerverband streckt den Drohfinger auf: Materialsperr, schwarze Listen, und was dergleichen Dinge mehr sind, und der arme Teufel von Arbeiter ist gezwungen, weiter zu streiken; vorerst befehlen ja doch diejenigen, welche es zwar gar nicht direkt angeht, die aber die Macht des Geldes, selbst der Gesetze, und wenn es sein muß, des Militärs in Händen haben.

Aus all dem Gesagten zeigt sich zur Genüge, daß es mit der Solidarität dem Volksganzen gegenüber nichts ist. Wir wollen sein ein einziges Volk von Brüdern, ist nichts wie eine leere Phrase, oder bedeutet „Brüder“, unter denen beliebig viele Lazaruse sein können. Der Arbeiter, die Arbeiterin, welche aus all den heutigen Geschehnissen nicht wenigstens die

Nutzenwendung zieht, daß all diesen Auswüchsen der Geldsack- u. Profitinteressenolidarität gegenüber, die immer wieder die nötige Plattform findet, um das Volk auszuzufaugen, es drunten in der Tiefe zu halten, nichts anderes gibt, als die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft über die Landesgrenzen hinaus, denen ist tatsächlich nicht zu helfen. Aber nicht nur die Arbeiter haben das zu lernen, sondern die Vertreter derselben in den Behörden, in den Kommissionen, in den Genossenschaften; sie bemühen sich stets neutral zu sein, glauben in ihrer Ehrlichkeit dem Volksganzen gegenüber handeln zu müssen und vergessen sehr oft, daß die Interessen der andern schon mehr wie genug vertreten werden, daß all die Vertreter der bestehenden Klasse wirkliche Klassensolidarität kennen und ausüben, sie haben schon längst ihre unfreiwilligen Lehrmeister überflügelt.

Darum soll es endlich genug sein mit der gutmütigen Ehrlichkeit. Es gibt keine Volksolidarität, es gibt nur eine Klassenolidarität, und diese hat die Arbeiterchaft restlos auszuüben, will sie die kommenden Zeiten überstehen und von der Anarchie der heutigen Profitwirtschaft zur Sozialisierung der Gesellschaft kommen, in einer Gesellschaft, in der das Wort: „Einer für alle, alle für einen,“ keine hohle Phrase mehr ist. R. B.

Vom außerordentlichen Parteitag in Bern.

Nicht nur in unsern eigenen Parteikreisen sah man mit Spannung dem Entscheid entgegen; auch im Bürgertum wurde das Resultat — natürlich nicht mit Sehnsucht — aber mit Mißtrauen und Zehnehrschen erwartet. Aus der Duvertüre hatten sowohl die einen, wie die andern eher auf einen tragischen Ausgang — die Parteispaltung — geschlossen oder gehofft; alle unterschätzten aber die echten guten Grundlinien: Die Kriegsereignisse, die antimilitaristische Propaganda der Militaristen und nicht zuletzt die grundsätzliche Aufklärung, die möglich war, weil man nicht durch einen unvorbereiteten Schachzug einfach die Leute vor einen urplötzlichen Entscheid gestellt hatte, wie von der äußersten Linken sowohl als von der Rechten ursprünglich beabsichtigt war.

Die Leserinnen der „Vorkämpferin“ wissen ja schon aus der Parteipresse — vielleicht auch aus bürgerlichen Blättern —, daß die übergroße Mehrheit, das heißt drei Viertel der Delegierten, sowohl den Aientaler Beschlüssen als den grundsätzlich begründeten Anträgen auf Ablehnung der Vaterlandsverteidigung zustimmten. Aber nicht alle Leserinnen haben Zeit, noch Lust, die ausführlichen Berichterstattungen zu verfolgen. Diesen wollen wir hier nur in aller Kürze mitteilen, daß die Genossinnen an diesem Parteitag keine geringe Rolle spielten, zum großen Aerger aller Spießer, Kleinbürger und gegangenen einstigen Auch-Sozialdemokraten, die nicht nur mit beiden Beinen auf nationalem Boden stehen, sondern dem Vaterland mit Herz und Hand — und mit dem bißchen Verstand — ewige Treue geschworen haben. Es darf hier daran erinnert werden, daß schon 1915, als die klare Scheidung begann, die Genossinnen vor und am Parteitag mitwirkten, daß die Partei eine klare internationale Haltung einnehme. Es waren Genossinnen, die der damaligen Vertreterin in der Geschäftsleitung Vorhalte machten, daß sie nicht Zimmerwald zugestimmt hatte; die weiblichen Delegierten nahmen in der Einheitsfrage eine durchaus geschlossene Stellung ein, zum Aerger der verbissenen Grütlianer. Es war also durchaus gegeben, daß nun in der Folge auch die weiteren Konsequenzen gezogen wurden.

Aber als ein wirklich gutes Zeichen für die Partei und unsere Klassenbewußt fortschreitende Arbeiterinnenbewegung darf es bezeichnet werden, daß sowohl von den Generalrednern zu den Beschlüssen Aiental und Bescheidung der Stockholmer Konferenzen, als auch Militärfrage je eine

Genossin (Rosa Bloch und Rosa Grimm) bezeichnet wurden, deren Voten sich zum mindesten auf einem ebenso hohen Niveau bewegten, wie die der männlichen Redner. Wenn je wieder gegen uns der Vorwurf erhoben wird, wir Frauen, wir könnten nicht sachlich diskutieren, wir würden zu leicht persönlich, dann können wir auf das Vorspiel und einen Zwischenakt dieses Parteitages verweisen, wo der Ideenkampf zu einem persönlichen Streit ausartete, und wo am Parteitag selbst ein Genosse (Sekretär Zlg, Bern) diese häßlichste Form der Erörterung sachlicher Meinungsdivergenzen (gegen Genossin Grimm) gebrauchte. Als wirklich abschreckendes Beispiel wollen wir dies hier festnageln. Dem Berichterstatte der bürgerlichen „Züricher Post“, der endlich seinen Abschied von uns genommen, scheinen Frauen und Jugendliche mit Grundfähen auf die Nerven zu geben. Daß sein ausgeprägtes Nationalempfinden nur harte Rehlauter verträgt, ist verständlich, ebenso leicht erklärlich, daß jedes fremdländische Idiom, auch wenn es von Schweizerbürgerinnen gesprochen wird, sein nur für Schweizerdeutsch geeigetes Ohr, verlegt. Bei den Mitpatrioten findet er selbstverständlich verständnisinnige Zustimmung; wir weinen ihm keine Träne nach, freuen uns im Gegenteil, daß der bürgerliche Blätterwald die Meldungen des Preßbureaus Enderli nicht mehr als die Stimme eines Auch-Sozialdemokraten deklarieren kann.

Gerade an diesem Beispiel zeigt sich deutlich, wie wichtig nicht nur für uns, sondern auch für unsere Bruderparteien die klare Stellungnahme ist. Könnten auch in den kriegführenden Ländern die Parteien selbst entscheiden, dann würde sich bald zeigen, daß die sogenannten Mehrheitsler nicht die wirklich große Masse der Arbeiter hinter sich haben. Deshalb ist es wichtig — und das wurde vielleicht zu wenig betont —, daß die Regierungssozialpatrioten, so wenig wie die Regierungen selbst dem Krieg Einhalt gebieten können, nachdem sie fortwährend zum Durchhalten, zum Aufgeben des Klassenkampfes gepredigt, daß sie aber gerne die Oppositionellen als Brücke benutzen möchten, um sich den Schein zu geben, als wirkten sie für den Frieden. Werden sie aber entlarvt, d. h. gelingt es ihnen nicht, zusammen mit denen, die sie bis jetzt verraten und bekämpft, Friedenskonferenzen abzuhalten, dann werden endlich auch jene Arbeitermassen, die ihnen im guten Glauben, bisher treue blinde Gefolgschaft leisteten, sehend. Nur so ist der wirklich revolutionäre Kampf für den Frieden möglich.

Und deshalb konnte der Vermittlungsantrag der Genossin Hüni nicht angenommen werden. Sie möchte — wie einst der gute Niklaus von der Flühe — der Meinung sein, den vorhergegangenen heftigen Kampf zwischen den Richtungen zu schlichten. Aber hier galt es nicht zu verfühnen, sondern zu entscheiden und zwar, einmal Zimmerwald und Aiental zugestimmt, in dieser Richtung aufwärts und vorwärts schreitend.

Freilich wäre es durchaus verkehrt, wenn man nun die getroffenen Beschlüsse als einen „Sieg“ bezeichnen wollte. Nein, sie sind erst Anfangs- und nicht Schlupunkte. Zur Durchführung bedarf es vor allem nun der „planmäßigen Aufklärung“. Diejenigen, die da meinen nun sei ja Beschlus gefaßt über die Militärfrage, nun müsse wieder etwas „Neues“ erfunden werden, betrachten unsere Bewegung als Sensation und nicht als ernstesten Kampf um eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. —ob—

Frauenstimmrecht.

Zahlreich, wie der Sand am Meere, sind noch heute die Gegner des Frauenstimmrechts. Nicht nur in bürgerlichen Kreisen, nein, auch in der eigenen Partei stoßen wir immer wieder auf hartnäckigen Widerstand. Es dürfte nun doch von einigem Interesse sein, die Gründe, welche die Gegner des Stimm- und Wahlrechts der Frauen ins Feld führen, etwas unter die Lupe zu nehmen und auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen.